

Die Arbeitnehmerfreizügigkeit ist eine der vier Grundfreiheiten in der EU, die im EG-Vertrag geregelt sind. Um aber künftiges Lohndumping zu verhindern, muss sie mit der Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns und anderer sozialer Standards einher gehen. Die Linksfraktion stellt dazu in der Landtagssitzung einen entsprechenden Antrag (DS 4/ 5748). Dazu erklärt der arbeitsmarktpolitische Sprecher Christian Görke:

Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 2009 ohne Sozialdumping

Die Wirtschaftsministerkonferenz hat sich Ende 2007 mehrheitlich darauf verständigt, dass die Arbeitnehmerfreizügigkeit für die neu beigetretenen EU-Staaten zum Sommer 2009 hergestellt werden soll. Der stellvertretenden Ministerpräsident Junghanns hat sich Anfang Januar 2008 im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Beziehungen zu Polen auch in diesem Sinne geäußert. Allerdings hat er sich in keiner Weise dazu geäußert, dass nur mit der Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns Lohndumping verhindert und eine wirtschaftlich faire wie sozial gerechte Wettbewerbssituation geschaffen werden kann.

Dafür gibt es gute Gründe:

Neun der 15 *alten EU-Länder" haben die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit bereits hergestellt. Nach einem Bericht der EU-Kommission ist die Beschäftigungsquote in diesen Ländern gestiegen, ohne dass Anzeichen für die Verdrängung von einheimischen Arbeitnehmern ersichtlich waren. Das ist insbesondere der Tatsache geschuldet, dass diese Länder über einen Mindestlohn verfügen, wie z.B. Großbritannien (8,20 Euro) und Irland (8,65 Euro).

Arbeitnehmerfreizügigkeit kann ebenfalls ein Baustein zur Bekämpfung des Fachkräftemangels (regional und branchenspezifisch begrenzt) sein. Hauptsächliche Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel müssen aber Bildung und Qualifizierung von Jugendlichen, Älteren, Frauen und Arbeitslosen bleiben. Wirtschaftsminister Junghanns hat in der Vergangenheit immer wieder den vermeintlichen Standortvorteil Brandenburgs als Niedriglohnland betont. Nach Kritik aus der Linksfraktion, versuchte er dies zu relativieren. Wenn er jetzt die flankierenden sozialen Maßnahmen im Zuge der Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit blockiert, riskiert er ein Niedriglohnniveau in vielen Teilen des Landes.

Infolge des seit Mitte 2006 anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwungs in Deutschland sind die Rahmenbedingungen für die Öffnung des Arbeitsmarktes derzeit günstig. Das trifft insbesondere auch für unseren östlichen Nachbarn Polen zu. Dort ging die Arbeitslosigkeit in den beiden vergangenen Jahren um rund fünf auf nunmehr 11,4 Prozent zurück.

Freundlicher Gruss
Alexa Lamberz
Pressesprecherin

Mail: pressestelle@dielinke-fraktion.brandenburg.de

Am Havelblick 8, 14473 Potsdam
Telefon: 0331 - 966 15 37
Telefax: 0331 - 966 15 40

Mobil: 0172 - 319 75 19